

## PRESSEMITTEILUNG

### SPD – Beschlusslage zu Freihandel ernst nehmen und umsetzen

Vor dem SPD-Bundesparteitages trat das Bündnis STOP TTIP Hameln-Pyrmont mit der Bitte an die Delegierten der Hamelner SPD Hameln-Pyrmont heran: Haltet an der Beschlusslage zu den Freihandelsabkommen fest und lasst keine Aufweichungen zu!

„Wir sehen in der vom Wirtschaftsminister verfolgten Politik zu Freihandelsabkommen eine Abkehr von der Beschlusslage. Denn, wenn das CETA-Abkommen zwischen Kanada und der EU in der vorliegenden Form ins nationale Recht überführt werden sollte, wie es sich momentan abzeichnet, dann kommt es zu einer erheblichen Verschärfungen im Freihandel und die Kompromissvorschläge verlaufen im Sande“, kommentiert Nico Limprecht.

Limprecht weiter: „Aber auch die Kompromissvorschläge machen die Sache nicht besser, denn sie stellen keine wirkliche Verbesserungen dar, und beziehen sich einzig und allein auf das TTIP-Abkommen zwischen den USA und der EU. Für die private Schiedsgerichtsbarkeit schlägt Gabriel die Einrichtung eines internationalen Handelsgerichtshofes vor, welche von der EU-Kommission und der EU-Handelskommissarin, Cecilia Malmström aufgegriffen wurde. Der vorliegende konzipierte Mechanismus zur Durchsetzung der Investorenrechte trägt jedoch gewichtige Probleme in sich. Die Tätigkeit von »Richtern« würde weiterhin finanziellen Anreizen unterliegen, welches die richterliche Unabhängigkeit in Frage stellt. Und weiterhin besteht eine erhebliche strukturelle Schiefelage dahingehend, da Unternehmen als juristische Personen bevorteilt werden. Denn die einseitige Klageoption bleibt bestehen, und Schadensersatzklagen können hinsichtlich Gewinnverluste, wie auch für Gewinnerwartungen angestrebt werden. Dabei ist es den Unternehmen freigestellt, ob sie die rechtsstaatlichen Rechtswege oder eben den Weg der privaten Schiedsgerichtsbarkeit wählen. Mit Blick auf den Bereich der Menschenrechte ist es nicht nachvollziehbar, warum Opfer von Menschenrechtsverletzungen zunächst alle innerstaatlichen Rechtswege durchlaufen müssen, bevor sie den völkerrechtlichen Individualklageweg anstreben können.“

Nach Abschluss des CETA-Abkommens können durch wirtschaftliche Verflechtungen Nordamerikas US-Unternehmen und Investoren über die Tochterfirmen in Kanada auch Schadensersatzklagen im EU-Raum anstreben. Mit dieser Ausrichtung überstellte das Bündnis STOP TTIP Hameln-Pyrmont den offenen Brief von Campact an die SPD-Delegiert aus Hameln-Pyrmont. „Hiermit wollen wir all die kritischen Stimmen innerhalb der SPD in ihren Positionen bestärken. Vorbehalte zur Verschärfung im Freihandel bestehen beispielsweise bei den Jusos oder der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“, stellt Limprecht heraus.

